

Deutsche Bäcker- und Konditoren-Zeitung

Organ des Zentralverbandes der Bäcker, Konditoren, Lebkübler u. der Arbeiterschaft in der Süßwaren-, Keks-, Marmeladen- u. Teigwarenindustrie

Verbandsmitglieder erhalten das Blatt unentgeltlich. Abonnement pro Quartal MR. 3

Erscheint jeden Mittwoch
Redaktionsstund Sonnabend nachm. 3 Uhr

Insertionspreis pro lebensgepaltene Nonpareillezeile 50 Pfg., für Zahlenstellen 30 Pfg.

Die Arbeitskraft als Fähigkeit und als Wert.

An und für sich ist die Arbeitskraft eine Fähigkeit, irgendwelche körperliche oder geistige Arbeit zu verrichten. Diese Fähigkeit, die dem Menschen angeboren ist, wird im Laufe der Zeit planmäßig und in einer bestimmten Weise ausgebildet und nach dem Grade der Ausbildung unterscheiden, mit ungelehrte, angelernte und gelehrte Arbeiter. Die Arbeit besteht darin, daß der Mensch die von der Natur gegebenen Rohstoffe mit Hilfe von Werkzeugen für den menschlichen Gebrauch zubereitet und an die Stelle bringt, wo sie gebraucht werden sollen. Um arbeiten zu können, muß er Rohstoffe und Werkzeuge, die sogenannten Produktionsmittel, besitzen, da er andernfalls seine Arbeitskraft nicht verausgaben kann. Eine Arbeitskraft, die sich nicht betätigen kann, hat für den Besitzer keinen Wert.

In den frühesten Zeiten der Menschheit waren die Besitzer der Arbeitskraft auch gleichzeitig die Besitzer der Produktionsmittel, die sie bearbeiteten, aber im Fortgang der weiteren Entwicklung trat eine Trennung ein zwischen diese beiden auf sich angewiesenen Faktoren. Es entstand eine Schicht von Proletariern, die keine Produktionsmittel besaßen und deshalb mit der Arbeitskraft nichts anzufangen wußten. Zugleich wurden diese Besitzerlosen zu Sklaven gemacht, wodurch nicht nur ihre Arbeitskraft, sondern auch ihr ganzer Körper, ihr ganze Person in das Eigentum des Herrn überging. Die Arbeitskraft gehörte dem Herrn, der damit schaltete und waltete, und das Erzeugnis der Arbeit fiel ebenfalls an den Herrn, der davon nur so viel an den Sklaven abgab, daß dieser notdürftig leben konnte. Zu Beginn der Neuzeit, als der moderne Kapitalismus seine Herrschaft antrat, waren die Menschen frei geworden und Herren über ihre Person. Aber die Scheidung in Besitzende und Besitzlose war geblieben: die Kapitalisten besaßen die Produktionsmittel, die sie aber mit ihrer eigenen Arbeitskraft nicht verarbeiten konnten und wollten, und die Proletarier besaßen die Arbeitskraft, die sie ohne Produktionsmittel natürlich auch nicht verwenden konnten. Diese Trennung des Proletariers von den Produktionsmitteln, die als die Ursache des Massenelends anzusehen ist, zwang die Proletarier dazu, ihre Arbeitskraft den Kapitalisten zur Benutzung gegen Entgelt anzubieten. Die Kapitalisten gingen darauf ein, es kam ein Vertrag zustande, sie laufen die Arbeitskraft gegen einen bestimmten Lohn, und so wurde die menschliche Arbeitskraft eine Ware, die wie jede andere Ware gekauft und verkauft wurde. Der Arbeitsvertrag galt als Kaufvertrag, und der Kapitalist behielt sich als Käufer und neuer Eigentümer der Arbeitskraft das freie Verfügungssrecht darüber vor. Dass er sich vielfach auch als den Herrn der Gestaltung, des gesamten Denkens und Fühlens seines Bohnsklaven betrachtete, wollen wir als eine markante Geistesverwirrung jener Tage mit dem Mantel der Vergessenheit zu decken.

Die denkenden Arbeiter empfanden schon frühzeitig das Entwickelnde, das darin lag, daß sie ihre Arbeitskraft und damit ihre gesamte Persönlichkeit an den Kapitalisten gegen lärmischen Lohn verkaufen müssten. Sie erfreuten deshalb grundsätzlich die Befreiung der Bohnarbeit und die Sozialisierung des Wirtschaftslebens. Vorläufig aber waren sie bemüht, mit Hilfe der Gewerkschaften für ihre Arbeitskraft einen höheren Preis herauszuschlagen; sie forderten höhere Arbeitslohn, kürzere Arbeitszeit und normale Arbeitsweise, und sie haben bekanntlich auch in dieser Beziehung sehr gute Erfolge erzielt. Allmählich tauchten Zweifel auf, ob denn die Arbeitskraft wirklich eine Ware sei, die gekauft und verkauft werden könnte. Man entdeckte, daß sie nur schließlich eine Ware genannt wurde, weil sie nicht wie jede andere Ware von der Person des Besitzers getrennt und trennbar sei, und weil sie auch nicht gemessen werden konnte, wie das

bei jeder andern Ware beliebig der Fall ist. Wenn irgend eine Ware gekauft oder verkauft werden soll, so wird das Quantum bestimmt (Länge, Gewicht, Stückzahl, Inhalt usw.), bei der Arbeitskraft ist die Feststellung des Quotiums unmöglich, eine jede Ware geht in das Eigentum des Käufers über, ohne daß der Verkäufer davon berührt wird, beim Kauf der Arbeitskraft aber muß sich der Verkäufer mitverlaufen, da er ja andernfalls seine Ware nicht liefern kann. Es ergibt sich hieraus deutlich, daß die Arbeitskraft kein eine Ware und daß der Arbeitsvertrag kein Kaufvertrag ist. Die Arbeitskraft ist vielmehr eine Tätigkeit, deren Benutzungsrecht der Proletarier an den Kapitalisten gegen eine bestimmte Entschädigung abtritt: Er verkauft ihm die Arbeitskraft nicht, er verleiht oder vermietet sie ihm nur. Der Arbeitsvertrag ist eben ein Leih- oder Mietvertrag.

Dieser rechtliche Unterschied hat für die Praxis des Arbeitsverhältnisses eine weittragende Bedeutung. Hat man einen Gegenstand verkauft, so hat man über dessen Benutzung nichts mehr zu bestimmen, hat man ihn aber nur vermietet oder verliehen, so bleibt einem das Mitbestimmungsrecht über die Art der Verwendung. In letzterem Falle bleibt man Eigentümer des betreffenden Gegenstandes, und man erlaubt dem Mieter oder Leiber nur, daß er ihn gebraucht; aber man verwehrt sich dagegen, daß er ihn missbraucht und dadurch frühzeitig zugrunde richtet. So spricht denn auch der denkende Arbeiter zu seinem Arbeitgeber: „Ich habe Dir meine Arbeitskraft nicht verkauft, sondern nur vermietet, und darum gestatte ich Dir wohl, daß Du sie in zweckmäßiger Weise gebrauchst; aber ich verwehre mich entschieden dagegen, daß Du sie missbrauchst.“ Um den Missbrauch meiner Arbeitskraft zu verhindern, muß ich das Mitbestimmungsrecht im Arbeitsbetriebe haben, damit ich kontrollieren kann, wie Du mit meiner Arbeitskraft umgehst.“ Das Mitbestimmungsrecht im Arbeitsbetriebe ergibt sich ohne weiteres daraus, daß die Arbeitskraft keine Ware ist, die an den Kapitalisten verkauft wird, sondern daß sie eine im Körper des Arbeitnehmers wohnende Fähigkeit ist, deren Benutzung dem Arbeitgeber für längere oder kürzere Zeit übertragen wird. Wenn man sich dieser Tatsache bewußt ist, so versteht man es, daß die organisierten Arbeiter seit Jahrzehnten um das Mitbestimmungsrecht im Arbeitsprozeß gekämpft haben, und daß die Arbeitgeber sich mit Händen und Füßen gegen dieses Recht sträuben. Hier steht das Interesse des Ausbüters dem des Ausgebeuteten schroff gegenüber, hier wird die Entscheidungsschlacht geschlagen zwischen Kapital und Arbeit. Aus diesem Grunde ist es notwendig, daß die Arbeiter sich das Mitbestimmungsrecht im Wirtschaftsleben erkämpfen, wozu ihnen durch die Revolution die Möglichkeit gegeben worden ist. Die wirtschaftliche Demokratie, das heißt, die Gleichberechtigung zwischen Kapitalisten und Arbeitern im Arbeitsverhältnis, ist die Voraussetzung einer jeden Sozialisierung. Sie kann schon heute verwirklicht werden, wenn die Arbeiter es nur wollen, wenn sie fest zusammenstehen, um die Alleinherrschaft des Kapitals zu brechen. Demokratie und Sozialismus im Wirtschaftsleben müssen Hand in Hand gehen.

Der Zentralausschuß der Arbeitsgemeinschaft der Schokoladen- und Zuckerwarenindustrie

hatte die Behandlung der Lohnforderungen der Süßwarenarbeiter einer Kommission überwiesen, die aus Mitgliedern des Zentralausschusses unter Hinzuziehung noch anderer Vertreter der in Frage kommenden Unternehmer und Arbeitnehmer zusammengesetzt war und am 16. August in Dresden tagte. Es konnte zu keiner Neuregelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse kommen, und es mußte beschlossen werden, das Reichsarbeitsamt zur Fällung eines

Schiedsspruches anzuordnen. Die Ablaufsfrist des jetzigen Tarifs wurde infolgedessen auf den 15. September verschoben, bei dem Reichsarbeitsamt aber beantragt, die Festlegung der neuen Tariflöhne vom 1. September an festzulegen.

In Bezug auf die Löhne, zweizoll in der Teigwarenindustrie, wurde beschlossen, dieselben bis zur Neuregelung durch den Schiedsspruch des Arbeitsamtes nach den Sätzen desjenigen Teigwarentarifes zu zahlen und die entstandenen Differenzen ab 1. Juni am nächsten Lohntag nachzuzahlen.

Der Lohnkampf im Bremer Bäckergewerbe beendet.

Der Lohnkampf im Bremer Bäckergewerbe ist noch in letzter Stunde durch das Nachgeben der beiden Innungen beilegt worden. Bis zur letzten Sitzung vor dem Schlichtungsausschuß bestanden die Bäckermeister hartnäckig auf ihrem Standpunkt, und erst nachdem in einer am Tage vorher stattgefundenen Sitzung unter Hinzuziehung sämtlicher Gewerkschaftsvertände und der Vertreter der sozialistischen Parteien beschlossen worden war, die Bäckereiarbeiter in ihrem Lohnkampf mit allen Mitteln zu unterstützen und Montag, den 4. August, den Boykott zu verhängen, da streiken die Unternehmer die Bäcker. Wie sehr ihr Mut entzündeten war, wurde am besten durch Herrn Obermeister Meier von der Großbäckerinnung dadurch gekennzeichnet, daß er vor dem Schlichtungsausschuß erklärte: „Ja, wenn die gesamte bremische Arbeiterschaft hinter den Forderungen der Bäckereiarbeiterstchaft steht, dann sind wir machtlos.“ Wie ganz anders klangen diese Worte gegenüber denen des Herrn Obermeisters Strudelkurt von der Weißbäckerinnung 4 Wochen früher vor der ersten Schlichtungsausschuß-Sitzung, indem er sagte: „In andern Städten hat man die Bäckermeister gezwungen, höhere Löhne zu zahlen, uns aber kann man nicht zwingen.“

Auch die Wiener Bäckermeister sind eines andern belehrt worden. Auf die zurzeit von der Bäckereiarbeiterstchaft eingereichte Forderung auf Zahlung einer Leuerungszulage antworteten die beiden Innungen mit der Kündigung des ganzen Tarifvertrages. Heute sieht die Sache so, daß nicht nur Lohnerhöhungen bis zu M. 22 pro Woche errungen sind, sondern daß auch ein neuer, verbesselter Tarifvertrag zur Annahme gebracht wurde. Unser andern wurde festgelegt, daß nur noch ein Lehrling gehalten werden darf und daß auch die Lehrlinge außer Kosten und Logis kein müssen.

Nach langen, heftigen Debatten wurde ein Einigungs-Vorschlag des Schlichtungsausschusses von beiden Parteien angenommen. Die Löhne betragen nunmehr:

Für Gesellen im ersten Jahre nach vollend. Lehrzeit M. 90	
die übrigen Gesellen	100
verheiratete Gesellen	110

Die an der aufgestellten Forderung fehlenden M. 10 werden bei der demnächst stattfindenden Neuregelung der Mehls- und Brotpreise ebenfalls noch gezahlt.

In der am Sonntag, 3. August, abgehaltenen überfüllten Sitzungsversammlung der Bäcker schlug die Organisationsleitung den Anwesenden die Annahme dieses Einigungs-Vorschlags vor, welche dann auch einstimmig erfolgte.

Eine Sammlung für die Revolutionsopfer vom 4. Februar ergab die runde Summe von M. 1000. Gewiß ein schöner Zug von Opferwilligkeit der Bremer Bäckereiarbeiterstchaft!

Der Kampf ist beendet. Was eine geschlossene stark organisierte Arbeiterschaft zu erringen in der Lage ist, hat die Bremer Lohnbewegung von neuem bewiesen.

Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses für das Bäckergewerbe in Stuttgart.

Einen schönen Erfolg haben unsere Stuttgart Kollegen zu verzeichnen. Durch die Verhältnisse gezwungen, beauftragten sie die Organisation, bei der Bäckerinnung die Forderung auf eine wöchentliche Leuerungszulage von M. 20 einzurichten. Die Firma versuchte, sie zu verhüten, um hinterher mit ihren Schüllingen (dem angeblichen Bäckermeisterschul) ein Institut der Bäckermeister, unsere berechtigten Forderungen zu fällen zu bringen, indem dieser glaubte, mit einer wöchentlichen Zulage von M. 4 bis M. 6 die Stuttgarter Gehilfen vertreten zu können. Eine Bäckermeistersversammlung stimmte auch aus leichtbegreiflichen Gründen diesem Vertrag zu. Unsere Kollegen brachten ihre Forderung vor den Schlichtungsausschuss

Dort wurde die Forderung von den Bäckermeistern bestimmt. Vom Kollegen Stahl wurde aber das Verhalten und die unehrliche Handelsweise der Bäckermeister in das rechte Licht gerückt. Die Vertreter der Innung, Obermeister Schwarz und Müller, haben als Gemeinderäte in der Lebensmittelabteilung unsere Forderungen als nicht zu hoch und gerecht bezeichnet, um dadurch einen höheren Brotpreis herauszubekommen, hinterher haben sie aber mit ihren Schüllingen passiert. Auch über die derzeitige gute Geschäftslage im Stuttgarter Bäckerhandel gab unser Vertreter Aufschluß, indem er nachwies, daß bei einem Teil der Waren (Kuchen und dergleichen) die Bäckermeister mit über 200 v. H. Gewinn arbeiten.

Als eine Einigung wiederum nicht zu erzielen war, wurde vom Schlüttungsausschuß folgender Schiedsspruch gefällt:

Sämtliche Bäckermeister der Innung Stuttgarts gewöhnen ihren Geschäften auf die im Januar vereinbarten Tariflösne ab 28. Juli eine wöchentliche Zulage von 30 v. H. ferner vom ersten Tag einer einbrechenden Preisprißerhöhung ab weiteste 30 v. H.

Auf die Tariflösung umgerechnet, macht die Lohn erhöhung nöchentlich ab 11 bis 18 aus. Die Innung war vor dem Schlüttungsausschuß durch ihre beiden Obermeister Schwarz und Müller, unsere Organisation durch den Kollegen Stahl und die Lohnkommission vertreten.

Wenn nicht alles erreicht wurde, so fragen die Kollegen wieder selbst die grösste Schuld, weil sie in Stuttgart noch nicht begriffen haben, daß in der heutigen Zeit der reale Aufschluß an die Organisation ein Gebot der Notwendigkeit ist. Ihre Pflicht ist es nun, überall dafür zu sorgen, daß in allen Bäckereien die Zulagen ausbezahlt werden, auch dafür müssen sich die Kollegen vergeben, daß mehr Arbeit in den Bäckereien geleistet wird. Eine plausiblere Konkurrenz zur Einhaltung des Tarifes, der Arbeitszeit und der Gehaltsabstimmung ist unbedingt notwendig, wenn nicht alles nur auf dem Papier stehen soll.

Vertretende Bewegung hat wiederum gezeigt, daß nur eine Organisation instand ist, neuemswerte Verbesserungen von unseren halbjährigen Bäckermeistern herauszubauen. Der Selbstbehaltungstrieb muß jeden fernziehenden Kollegen beleben, daß er nur in Zukunft bestehen kann, wenn er sich unserm Verband entstellt. Auch die Stuttgarter Kollegen sollen das nun endlich begreifen lernen und jede Sonderbündel in Vergnügungsvereinen, deren Führer Werkeuse der Innung und nebenbei noch Bäckermeisterschaft sind, aufz schärfen befürworten. In militärischen Kreisen ist die Einheitsfront unter den Kollegen Schaffungseringung. Nur so werden wir weiter kommen.

Wichtig für die Militärbacker.

Zu letzter Zeits beliebten einige Provinzämter den im Zwischenverhältnis stehenden Militärbackern nahezulegen, sie müßten in die Reichswehr eintreten. Seitens des Kriegsministeriums sei diese Anordnung getroffen worden. Unser Bielefelder Bezirksleiter ging nun der Sache auf den Grund und richtete an das Kriegsministerium die Anfrage, ob eine vorläufige Verfügung erlassen worden sei. Hierauf erfolgte diese Antwort:

Kriegsministerium
Kriegsverwaltungs-Departement Berlin W 66, 30. Juli 1919.
S. 1113, 7. 29. 1. 2.

Auf die Eingabe vom 7. Juli 1919 erwidert das Departement ergebnis, daß nach dem eingeforderten Bericht von der Innendienst des 7. Armeeamtes keine Verfügung des Inhalts ergangen ist, daß die in der Militärbackerei und andern Betrieben der Heeresverwaltung Beschäftigten aufgrund ihres Dienstes überzutreten, andernfalls sie entlassen würden. Von einzelnen der Innendienstunterstellenden ist allerdings in irrtümlicher Ausfassung einer Verfügung des Herrn Reichsverwalters eine derartige Anordnung getroffen, die betreffenden Stellen sind aber sofort von der Innendienst zur Rückgängigmachung der Anordnung angewiesen worden.

Entlassungen von Arbeitern sind aus diesem Grunde nicht erfolgt.

R. A. Beyer.

Robert Plechl †.

Am 4. August in folge Herzkrankes plötzlich ein hoffnungsloser Streiter und Führer des österreichischen Bäcker- und Konditorverbandes, Robert Plechl in Wien, aus dem Leben geschieden.

Der Robert Plechl und seine Lebhaftigkeit im Handeln wie in geistiger Unterhaltung, verglichen noch seinen Tatenkunst am 1. August dieses Jahres zu beobachten Gelegenheit hatte, der hätte auch nicht im entferntesten daran gedacht, daß der Tod diesen treuen Freund und Mitarbeiter so bald zu seiner Ruhe ruhen würde.

Seit dem Tode des unvergleichlichen Franz Silberer war dieser verblüffend junge aber holdungstreue und sehr begabte Kollege als Sekretär im österreichischen Verband eingestellt. Er hat besonders in der schweren Zeit während des Krieges aufgetreten, um nicht nur den österreichischen Bäckerverband geschickt durch alle Härteste und Schwierigkeiten hindurchzuleiten, sondern neben seiner auftreibenden Tätigkeit im Dienst seiner Organisation fand er auch noch immer Zeit, für unser Landkampf mitzuarbeiten. So unterrichtete er durch seine Mitträge die deutschen Kollegen über die wichtigsten Vorgänge in der österreichischen Organisation.

Man hat diesen begrüßten Bäckermeister der Freiheit aus seiner Wiege gerissen. Will den Mitgliedern des österreichischen Verbandes traurig auch alle Mitglieder unseres Verbandes, die seine erzielte Tätigkeit zu schätzen Gelegenheit hatten, um den Verlust dieses treuen Freunden Ehre seinem Andenken!

Die Entwicklung unseres Verbandes im ersten Halbjahr 1919.

Dass die Aufwärtsbewegung innerhalb unserer Organisation gleichen Schritts halten würde mit der spontan einsetzenden Bewegung der letzten Monate des Vorjahrs, war nach Lage der Verhältnisse zu erwarten.

Bei diesem Bericht haben wir nicht zu verzeichnen, daß einzelne Bezirke einen Verlust von Aufnahmen und Beiträgen erlitten haben, wie das im letzten Halbjahrsbericht bei 2 Bezirken der Fall war. Es ist zu konstatieren, daß alle Bezirke an dem Aufstieg gegen den Durchschnitt des Jahres 1918 mit über 200 v. H. Gewinn arbeiten.

Als eine Einigung wiederum nicht zu erzielen war, wurde vom Schlüttungsausschuß folgender Schiedsspruch gefällt:

Sämtliche Bäckermeister der Innung Stuttgarts gewöhnen ihren Geschäften auf die im Januar vereinbarten Tariflösne ab 28. Juli eine wöchentliche Zulage von 30 v. H. ferner vom ersten Tag einer einbrechenden Preisprißerhöhung ab weiteste 30 v. H.

Auf die Tariflösung umgerechnet, macht die Lohn erhöhung nöchentlich ab 11 bis 18 aus. Die Innung war vor dem Schlüttungsausschuß durch ihre beiden Obermeister Schwarz und Müller, unsere Organisation durch den Kollegen Stahl und die Lohnkommission vertreten.

Wenn nicht alles erreicht wurde, so fragen die Kollegen wieder selbst die grösste Schuld, weil sie in Stuttgart noch nicht begriffen haben, daß in der heutigen Zeit der reale Aufschluß an die Organisation ein Gebot der Notwendigkeit ist. Ihre Pflicht ist es nun, überall dafür zu sorgen, daß in allen Bäckereien die Zulagen ausbezahlt werden, auch dafür müssen sich die Kollegen vergeben, daß mehr Arbeit in den Bäckereien geleistet wird. Eine plausiblere Konkurrenz zur Einhaltung des Tarifes, der Arbeitszeit und der Gehaltsabstimmung ist unbedingt notwendig, wenn nicht alles nur auf dem Papier stehen soll.

Vertretende Bewegung hat wiederum gezeigt, daß nur eine Organisation instand ist, neuemswerte Verbesserungen von unseren halbjährigen Bäckermeistern herauszubauen. Der Selbstbehaltungstrieb muß jeden fernziehenden Kollegen beleben, daß er nur in Zukunft bestehen kann, wenn er sich unserm Verband entstellt. Auch die Stuttgarter Kollegen sollen das nun endlich begreifen lernen und jede Sonderbündel in Vergnügungsvereinen, deren Führer Werkeuse der Innung und nebenbei noch Bäckermeisterschaft sind, aufz schärfen befürworten. In militärischen Kreisen ist die Einheitsfront unter den Kollegen Schaffungseringung. Nur so werden wir weiter kommen.

Bezirk Danzig.

Schulstellen	1917		1918		1919	
	Durchschnittl. pro Halbjahr	Anz. Beitr.	Durchschnittl. pro Halbjahr	Anz. Beitr.	1. Halbjahr	Anz. Beitr.
Bromberg	—	—	21	72	73	1513
Danzig	5	604	75	878	635	9071
Königsberg i. Pr.	11	472	5	461	596	8725
Thorn	—	—	—	—	128	2204
Elbing	—	—	—	—	25	1243
Summa...	19	1076	101	1411	1455	23756

Bezirk Breslau.

Schulstellen	1917		1918		1919	
	Durchschnittl. pro Halbjahr	Anz. Beitr.	Durchschnittl. pro Halbjahr	Anz. Beitr.	1. Halbjahr	Anz. Beitr.
Breslau	56	3612	233	4513	1339	23041
Glogau	—	—	—	—	—	57
Katibor	1	98	1	136	80	1822
Striegau	7	230	3	311	67	1008
Waldburg	—	—	—	—	—	—
Summa...	64	3930	237	4964	1647	20048

Bezirk Görlitz.

Schulstellen	1917		1918		1919	
	Durchschnittl. pro Halbjahr	Anz. Beitr.	Durchschnittl. pro Halbjahr	Anz. Beitr.	1. Halbjahr	Anz. Beitr.
Görlitz	—	—	—	—	55	656
Kost. i. d. L.	3	122	1	164	2	308
Guben	12	701	32	963	253	5308
Hirschberg	16	347	19	591	89	1371
Sagan	4	251	10	396	177	1918
Sorau	2	106	6	140	19	778
Greifswald i. d. L.	4	125	3	119	2	261
Stettin	1	138	2	178	48	1099
Summa...	42	1807	73	2621	691	13113

Bezirk Berlin.

Schulstellen	1917		1918		1919	
	Durchschnittl. pro Halbjahr	Anz. Beitr.	Durchschnittl. pro Halbjahr	Anz. Beitr.	1. Halbjahr	Anz. Beitr.
Berlin	181	18895	2419	26965	2255	174073
Brandenburg	1	586	4	888	65	1870
Frankfurt a. d. O.	—	—	—	—	3	321
Greifswald	—	—	—	—	22	607
Landsberg a. d. L.	16	181				

mehr oder weniger beteiligt sind. Die meisten Aufnahmen haben die Bezirke Köln und Nürnberg zu verzeichnen, die wenigsten Aufnahmen Straßburg, Wiesbaden, Mainz und Bremen. Bei letzterem liegt die Ursache an der Abtrennung der 3 Zahlstellen Colmar, Straßburg und Mühlhausen. Ob wir diese Zahlstellen jemals wieder unserm Verbande hinzuzählen können, ist wohl zu bezweifeln. Die geringste Zahl an Beiträgen (immer gegen den Durchschnitt von Jahre 1918 betrachtet) haben neben Straßburg die Bezirke Erfurt, Wiesbaden und Görlitz zu verzeichnen. Ob in den betreffenden Bezirken weniger Beschäftigte im Berufe zu organisieren sind, ob es an der nötigen Agitation ge-

Schulstellen	1917		1918		1919		Bezirk Herford.	1917		1918		1919	
	Durchschnittl. pro Halbjahr	Anz. Beitr.	Durchschnittl. pro Halbjahr	Anz. Beitr.	1. Halbjahr	Anz. Beitr.		Durchschnittl. pro Halbjahr	Anz. Beitr.	Durchschnittl. pro Halbjahr	Anz. Beitr.	1. Halbjahr	Anz. Beitr.
Bielefeld	49	2785	—	—	326	5330	—	—	—	—	—	—	16452
Detmold	21	2531	—	—	87	3605	—	—	—	—	—	—	1421
Herford	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	12406
Minden	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	337
Münster	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	266
Nörvenich	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	376
Soest	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2168
Wesel	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	866
Weselborn	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2461
Wiedenbrück	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Summa...	78	5646	427	8660	1478	49927							

Schulstellen	1917		1918		1919		Bezirk Offenbach	1917		1918		1919	
Durchschnittl. pro Halbjahr	Anz. Beitr.	Durchschnittl. pro Halbjahr	Anz. Beitr.	1. Halbjahr	Anz. Beitr.	Durchschnittl. pro Halbjahr	Anz. Beitr.	Durchschnittl. pro Halbjahr	Anz. Beitr.	1. Halbjahr	Anz. Beitr.		

<tbl_r cells="14" ix="4" maxcspan="1" maxr

mangelt hat oder ob andere Ursachen dabei mitsprechen, muß Ursache für die betreffenden Bezirksleiter und Funktionäre sein, das zu ergründen und zu bessern.

Zu wünschen ist, daß sich der Jahresdurchschnitt für das laufende Jahr noch um ein bedeutendes erhöht über das, was wir im ersten Halbjahr an Aufnahmen und einklassierten Beiträgen zu buchen hatten. Die Mitgliederzahl hat 50.000 überschritten; hoffen wir, daß die Zahl der Beiträge im zweiten Halbjahr die erste Million erheblich überschreitet.

Verbandsnachrichten

Gehaltsmehrung des Verbandsvorstandes.

Lokalbeiträge. Auf Antrag der Zahlstellen Krefeld, Remscheid, Wiesbaden und Weimar wird die Genehmigung erteilt zur Erhöhung eines wöchentlichen Lokalbeitrages von 10,- in allen Klassen ab 1. September.

Neue Zahlstellen. Es wird die Zustimmung erteilt zur Errichtung der Zahlstelle in Wiesenhausen a. d. Werra. Die Adresse des Vorsitzenden ist: Karl Dripton, Grünschwerder Straße 119.

Adresseänderungen. Die Adresse des Vorsitzenden in Greifswald lautet: F. Krohn, Steinstr. 19. — Eßlingen a. Neckar. Vorsitzender: Otto Fischle, Hintere Kirchstr. 13; Kassierer: Friedrich Kübler, Bismarckstr. 49, 1. Et. — Sangerhausen. Vertrauensmann: Otto Linde, Bonifaziusplatz 2. — Hanau a. M. Vorsitzender: Gg. Vogelhuber, Nordstr. 54, Sprechzeit von 7 bis 8 Uhr abends. Verkehrslokal: "Gewerbehaus", Mühlstr. 2.

Der Verbandsvorstand.

S. A.: Jos. Dietmeier, Vorsitzender.

Knittung.

Vom 10. bis 16. August gingen folgende Beträge ein:
Für Juli: Siegen M. 342, Dortmund 1036,70, Sorau 112,65, Neumünster 69,75, München 7536,75, Homburg v.d.H. 855,30, Hof a. d. S. 760,95, Gießen-Biebrich 279,35, Hadersleben 162,85, Eisenach 148,70, Mannheim 2003,80, Löbau 212,75, Überbach 72,75, Rostock 324,05, Würzburg 1102,55, Lüdenscheid 67,10, Chemnitz 2036,95, Dresden 9931,15, Quedlinburg 128,85, Alten 358,85, Alschersleben 100,85, Bittau 190,30, Duisburg 592,80, Magdeburg 3279,85, Oschersleben 94,15, Lübeck 911,30, Bremerhaven 333,80, Wismar 239, Eupel 184,50, Krefeld 387,50, Gera 452,45, Altenburg 244,95, Eßlingen 116, Erfurt 805,15, Bremen 3880,30, Stuttgart 3001,75, Harburg 356,70, Apolda 196,15, Altenberge 82,40, Zeitz 828,85, Gotha 250,20, Ulm 569,80, Löbnitz 401,75, Bielefeld 2880,95, Hameln 119,95, Greifswald 152,65, Remscheid 259,30, Mülheim a. N. 223,20, Oberhausen 197,15, Guben 141,15, Striegau 227,15, Forst i. d. L. 110,90, Frankfurt a. M. 4310,50, Nürnberg 4699, Flensburg 558,65, Bochum 281,30, Rudolstadt 196,15, Uetersen-Glimshorn 118,30, Schweinfurt 131,20, Eissen 968,55, Halle 3004,20, Meuselwitz 269,80, Riesa 451,90, Reichenbach i. V. 270,70, Elberfeld 295,80, Karlsruhe 475,80, Lördrach 260,25, Jena 158,80, Leipzig 6622,60, Düsseldorf 1147,10, Meißen 228,15, Danzig 1826, Görlitz 614,05, Augsburg 660,65, Gelsenkirchen 230, Cottbus 74,90, Rosenheim 206,55, Schötmar 180, Herne 148,05, Darmstadt 258,10, Düsseldorf 175,45, Brandenburg 288,85, Böhme 160,60, Buer 136,25, Cassel 1928,80, Gelle 660, Kiel 1380,35, Frankfurt a. d. O. 368,50, Rendsburg 260,90, Mettmann 197,25, Waldenburg 111,50, Osnabrück 278,15, Spremberg 96,40, Hannover 4422,45, Braunschweig 9,29, Glogau 206, Herford 1816,10, Hämelsleben 140,60, Wiesbaden 1562,60, Mainz 1556,10, Saarbrücken 359, Hillesheim 431,30, Heilbronn 220,05, Marktredwitz 62,15, Grimmaischau 98,95, Neellinghausen 122,45, Stettin 1885,30, Berlin 31230,40.

Für Juni und Juli: Stendal M. 127,10, Traunstein 114,65.

Bon Einzelzahler der Hauptkasse: H. B. Brügel M. 10,50, F. G. Büllrichau 82,10, A. W. Nevern 7, H. K. Dettingen 18,20, E. F. Neusalz 3,70.

Für Annoncen und Abonnements: Gera M. 3, S. E. Berlin 54, O. E. Berlin 12,60, Hannover 21,30.

Für Geschichte der Bäcker- und Konditorenbewegung: Sorau M. 9, Dresden 15, Quedlinburg 3, Alschersleben 3, Alschersleben 3, Bittau 21, Duisburg 3, Magdeburg 3, Dortmund 30, Eßlingen 3, Apolda 9, Löbnitz 3, Guben 6, Leipzig 6, Lördrach 3, Karlsruhe 3, Riesa 12, Danzig 28, Görlitz 3, Cassel 18, Frankfurt a. d. O. 12, Osnabrück 4, Glogau 15, Hämelsleben 9, Wiesbaden 60, Neellinghausen 9.

Für Jahrbücher: Duisburg M. 20, Gera 1,50, Bremen 21,20, Stuttgart 35, Guben 1,20, Karlsruhe 1,50, Niesa 4, Düsseldorf 80,50, Rosenheim 5,50, Cassel 9, Osnabrück 2,50, Glogau 80.

Gestalter: Amberg, Bad Reichenhall, Bayreuth, Bernburg, Breslau, Köln, Freiburg, Hanau, Hirschberg, Ilmenau, Kaiserslautern, Leipzig-Döbeln, Münster, Oldenburg, Paderborn, Plauen, Pöhlne, Rüstringen, Sagan, Schmölln, Schwerin, Solingen, Sonnenberg, Tangermünde, Briesen, Weißensels, Weißwasser, Zwickau, Friedberg, Minden, Ratibor.

Der Hauptrassierer: J. V. W. Langhans.

Aus den Bezirken.

Suhl. Die Adresse des Vorsitzenden ist Richard Mohr, Bauvereinstr. 19, 3. Et.

Die Zahlstelle wünscht, daß berichtet werde, daß sie, wie in Nr. 22 angegeben wurde, sich nicht an der Urabstimmung beteiligt habe. Die Zahlstelle hat diese Abstimmung mit "nein" erledigt.

Sterbetafel.

Dresden. Bruno Mammitsch, Farikbranche, 32 Jahre alt, am 4. August.
Max Röhssiger, 22 Jahre alt, in der Reichswehr, bei den Vorgängen in Chemnitz gefallen.

Kriegsverluste des Verbandes.

Bezirk Kiel meldet nachträglich als gefallen:
Anton Ohlsen, Hadersleben.

Bitte Ihren Anteil!

Korrespondenz.

Erfeld. Am 8. August tagte unsere gut besuchte Mitgliederversammlung. Den Kassenbericht gab der Kollege Genziger. Von den Kollegen Hallen und Buchalla wurde die lange Revision bemängelt. Nachdem der Vorsitzende alles richtiggestellt, wurde als erster Schriftführer Kollege Hallen, als zweiter Vorsitzender Kollege Buchalla einstimmig gewählt. Den Fortschrittsbericht gab Kollege Buchalla. Die Hauptpunkte waren Gewerkschaftsfest, Volkshochschulfeste, Volkshausfrage. Redner führte den Versammelten die Wichtigkeit zum Besuch der Kurse sowie zum Gewerkschaftsfest eindringlich vor Augen. In der Volkshausfrage konnte noch kein Beschluß gefaßt werden. Kollege Hallen wies in der Diskussion auf die einzelnen Vorträge bei den Kursen hin und erzogte alle, für einen Massenbesuch des Gewerkschaftsfestes zu sorgen. Zum vierten Punkte "Verschiedenes" beantragte Kollege Essers eine Erhöhung des Lokalbeitrages pro Kopf und Marie von 5 auf 10,- wöchentlich. In der Begründung wies er auf die hohen Untonten hin, welche den Ortsverwaltungen durch die bestehenden Deuerungen entstehen. Der Antrag wurde ohne Diskussion von der Versammlung einstimmig angenommen. Nachdem der Vorsitzende, Kollege Essers, die Kollegen und Kolleginnen aufgefordert, fest und treu zur Fahne zu halten, schloß er gegen 1 Uhr die Versammlung.

Danzig. Am 30. Juli fand in der Maurerberge eine öffentliche Versammlung statt. Kollege Joseph referierte über: "Die Zukunft des Bäckerhandwerks im Freistaat Danzig". Er führte aus, daß an einer Sozialisierung der Betriebe hier nicht zu denken sei, da die Unternehmer sich wirtschaftlich nach Polen orientieren würden. Sie werden versuchen, uns unsere Errungenchaften streitig zu machen. Daher sei es notwendig, auch noch die letzten Kollegen für den Verband zu gewinnen, damit wir den kommenden Stützen gegenüber gerüstet dastehen. In bezug auf die Arbeitsvermittlung liegen die Verhältnisse so, daß trotz unseres Antrages an den Demobilisationsausschuß, den Arbeitsnachweis dem städtischen Arbeitsamt auszugliedern, derselbe noch immer in Händen der Annung ist. Es wurde eine Resolution angenommen, in welcher Protest gegen die Handhabung des Arbeitsnachweises erhoben und gefordert wird, daß der Nachweis dem städtischen Arbeitsamt angegliedert werde. Ferner wurde eine Deputation gesetzt, die die Resolution überreichen und begründen soll. Weiter sprach Joseph über die Frage, wie die Arbeitslosigkeit beseitigt werden kann. Es gäbe noch Weisser, die 18 Bäckerschüler verhauen und keinen Gesellen haben und den Gesellen in die Tische stecken. Der leidtragende Teil sei die Leidenschaft; sie muß den erhöhten Preise und auch die Arbeitslosenunterstützung zahlen. Redner empfahl, nach dem Offenbacher Beispiel zu verfahren und beim Magistrat die Schaffung einer Lohnausgleichsstelle zu beantragen. Dann berichtete Joseph über die Befreiung der Konditoren. 9 Wochen stehen die Konditoren in Tarifverhandlungen, noch sei aber kein Resultat erzielt. Die Konditoren wollen aber nicht länger warten und beabsichtigen, wenn nicht bald eine Antwort von der Annung da ist, in den Streif einzutreten. Joseph forderte die Kollegen auf, nicht Streikbrecher zu werden, sondern die Konditoren in ihrem Kampfe zu unterstützen. Mit einem Hoch auf den Verband wurde die Versammlung geschlossen.

Am 4. August fand in der Maurerberge eine Mitgliederversammlung statt, die leider nur von 45 Kollegen besucht war. Kollege Schmidt gab den Quartalsbericht. Die Einnahmen betrugen M. 511,82, die Ausgaben M. 4708,68. Der Bestand ist M. 408,14. An Unterstützung sind im 2. Quartal M. 542 gezaubt worden; an die Hauptkasse wurden M. 3940,25 gefunden. Den Bericht des Geisselenausschusses gab Kollege Pfeifer. Im Juli sind 18 Lehrlinge Gesellen geworden. Zu einer Annungsvorstandssitzung oder Volksversammlung ist der Geisselenausschuss beziehungsweise Altgeselle nicht geladen worden. Hiergegen wurde von der Versammlung protestiert. Den Bericht des Fachauschusses gab Kollege Horst. Es wurde Protest gegen das Verhalten des Vorsitzenden des Fachauschusses erhoben; denn in der Taktik desselben wird eine Verschiebung aller Arbeitnehmerinteressen zugunsten der Unternehmer erblitten. Kollege Joseph erinnerte noch daran, daß es Pflicht eines jeden Kollegen ist, für die Ausbreitung des Verbandes zu sorgen.

Düsseldorf. Am 8. August tagte eine öffentliche Versammlung im Karlshaus, die sich mit der Frage der Betriebsräte im Bäcker- und Konditorengewerbe beschäftigte. Hierzu machte Kollege Arthur Hauf treffliche Ausführungen. Es sei bezeichnend, daß man im Bäckergewerbe bis jetzt noch sehr wenig von Betriebsräten gehört habe. In unserm Fachorgan sind ja in letzter Zeit verschiedene Meinungen über "Sozialisierung des Bäckereigewerbes" aufgetaucht, aber über die Träger der Sozialisierung, die doch in erster Linie die Betriebsräte sein sollen, darüber schwiegt man fast tot, selbst unser Hauptvorstand. Die Verfechter des Rätegedankens sind sich in allen Punkten selbst noch nicht einig, wohl in der Beziehung einig, daß die Tätigkeit des Proletariats nur durch das Räteystem herbeizuführen sei. Der Arbeiter an und für sich war früher sehr selten dazu zu bewegen, nach seiner übermäßigen Arbeitszeit noch Interesse für Literatur zu bekommen. Da wir aber nun selbst eine Revolution miterlebt haben, so haben wir die Methode, wie den armen Proleten zu helfen, aus dieser "Sklaverei", kennen gelernt. Dies hat ja auch der letzte Gewerkschaftstag gezeigt, daß die

Opposition, die Schar der ehrlich denkenden Arbeitnehmervertreter, den Sinn des Rätegedankens mit aller Energie vertreten hat, und nur der Wahlmodus (der schon längst morisch ist) zu solchen Kongressen könnte es verhindern, daß die Überzeugung der übergroßen Mehrheit der Mitglieder nicht zum Ausdruck gekommen ist. Hinterblieben aber die Gewerkschaftsbosstände ihr Allheilmittel in den Arbeitsgemeinschaften und legten Endes auch die Erfüllung der Sozialisierung, indem sie die Betriebsräte den Arbeitsgemeinschaften dienstbar machen wollen. Wir können aber in diesem Mittel die Lösung unseres Rätsels nicht finden, denn nur dadurch wird der Rätegedanke, der doch ein Geschenk der Revolution ist, illogisch gemacht. Vergangenwärtigen wir uns die Zeit der Revolution vom 9. November, wo doch unsere Arbeiterräte ihre schweren Aufgaben musterhaft erfüllt haben. Auf der einen Seite ruhen im ganzen Lande, auf der andern Seite die Flut unserer heimkehrenden Krieger, da hätte selbst die feingegliederte Staatseinrichtung diese Zeit nicht besser überstanden. Nun muß man sich vergegenwärtigen, wie der Rätegedanke in der Verfassung verankert worden ist. Wenn wir uns nun die Ausgabe (Satz) von den Gewerkschaftsbosständen, betreffend Betriebs- und Arbeiterräte, vom April d. J. betrachten, so ist den Betriebsräten nur das Recht gegeben, genau wie früher den Betriebsauschüssen, nur daß sie einen andern Namen haben. Das ist der Sinn und Kern, was man ihnen einräumen will. Wie war es doch in den Monaten November und März d. J. bei dem großen Generalstreik im Ruhrgebiet, wo unsere jetzige Regierung Städte und Dörfer überschwemmt mit den großen Blasen und der verhängungsbollen Aufricht: "Die Sozialisierung marschiert!" Dies war ja nur ein Verhängungspulpa; sie wollte die Sozialisierung der Bergwerke in dem Sinne durchführen, daß die Grubenarbeiter entzögigt werden sollten, so daß die Bergarbeiter in jedem Monat oder jedes Vierteljahr ihre Renten in Gestalt von Zinsen vom Staat beziehen könnten, und legten Endes uns armen Proleten diese Renten für diese Rätselner in Gestalt von Steuern aufgebürdet wurden. Wir suchen aber auf einem andern Standpunkt, nämlich: Daß den Betriebsräten mehr Recht eingeräumt wird, um uns zur wirtschaftlichen und politischen Macht zu verhelfen. Es muß unsere vornehmste Aufgabe sein, den politischen Arbeiterräten den Rücken zu stärken durch unsere sozialistische Macht. Den politischen Arbeiterräten muß unbedingt die Exekutive wiedergegeben werden, die sie am 9. November besaßen haben. Den Betriebsräten muß ein ausdrückliches Bestimmungsgesetz eingeräumt werden, ganz besonders bei Entlassungen; denn sonst wird der Unternehmer es ohne weiteres in der Hand haben, einen ungemeinen Arbeitervater und auch einen unangenehmen Betriebsrat auf die Strafe zu setzen, und durch viele Beleidigungen der Betriebsräte wird nur der Weg zur Sozialisierung erschwert.

Wir haben nämlich zu verzeihen, daß Firmen hier in Düsseldorf erhaltenen Aufträge nicht angenommen haben, dadurch das Heer der Arbeitslosen und das Elend derselben vergrößert und Sabotage an der gesamten Bevölkerung verübt haben. Ein solches Verbrechen an gesamten Wirtschaftsleben kann gar nicht schwer genug verurteilt werden. Dies hätte verhindert werden können, wenn die Betriebsräte, wie wir sie fordern (mit dem vollen Bestimmungsrecht), erzielt hätten, und die Siedlung in alle Richtungen erhalten müssen. Wenn die Betriebsräte der Hand- und Kopiarbeiter zusammenarbeiten, so wird ihr Erfolg ein sehr großer sein. Wenn wir nun eine Diktatur durchführen wollen, die nur eine scheinbare ist, weil es doch der Wille der übergroßen Mehrheit des gesamten Volkes ist, so dürfen wir auch die Arbeiter und Angestellten in den Kleinbetrieben nicht vergessen, und man muß versuchen, sie für den Gedanken des Rätesystems zu begeistern. Wie es in der Vorlage heißt, sollen Kleinbetriebe bis zu 20 Beschäftigten einen Betriebsrat zu wählen. Unsre Annahme gebe aber weiter, um nicht die Mehrzahl unserer Betriebe im Bäckergewerbe zu entziehen, und hinterzustellen; nämlich, daß Betriebe bis zu 10 Beschäftigten einen Betriebsrat zu wählen haben, und die Betriebsräte müssen zusammengefaßt werden in Betriebsräte, die dann für den gewissen Stadtteil die Anordnungen zu treffen haben, natürlich unter Ausschaltung der Unternehmervertreter. Es läßt sich dies sehr gut machen, wenn man nur von dem Rätegedanken berechtigt ist. Es muß unsere Aufgabe sein, diejenigen, die heute noch nicht diesen Gedanken erfaßt haben, auszulämmen. Damit das Ziel der revolutionären Arbeiterschaft: nämlich die Sozialisierung des gesamten Wirtschaftslebens, recht bald errichtet wird, ungeachtet dessen, wo Gewerkschaftsführer dieser Sache hindern im Wege stehen. Verschiedene Diskussionsredner betonten, daß die Sozialisierung im Bäckergewerbe eine leichte gemeine wäre, wenn sich die Kollegen und ganz besonders unter Hauptvorstand, etwas mehr für den Rätegedanken begeistert hätten. Leider haben sie diesen Moment verpaßt, und unsere Aufgabe ist es jetzt, mit aller Energie daranzugehen. Gegen dieses Gedankene waren wohl anwesend in dieser Versammlung, hatten sich aber nicht zum Wort gemeldet, jedenfalls weil sie einsehen, daß sie dieser Sache machtlos gegenüberstanden. Redner betonte in seinem Schluswort, daß es Aufgabe der Organisationen sei, die Betriebsräte vorzubilden über Parteiisten, Einlauf usw., des weiteren nicht aus dem Verbande auszutreten, sondern sich noch enger zusammenzuschließen, um diejenigen Führer und Personen, die hindernd diesem Gedanken im Wege stehen, megaziegen, um der Allgemeinheit zu dienen. Zum Schlusse wurde ein Antrag angenommen, eine Kommission von 5 Kollegen zu wählen, die diese Sache für Düsseldorf einzuteilen und beschleunigen soll.

Rachschrift der Redaktion: Wir haben ausnahmsweise das in obiger Versammlung gehaltene Referat trotz seiner Länge ausführlich wiedergegeben, weil die Düsseldorfer Kollegen sonst vielleicht der Meinung gewesen wären, die Redaktion wolle einer Erörterung der Rätefrage im Verbandsorgan keinen Platz gönnen. In Zukunft werden wir aber auch von Düsseldorf Berichte in dieser Form nicht wieder aufnehmen; denn wir müßten sonst jeder Zahlstelle das Recht einräumen, ebenso eingehend die Darlegungen ihrer Referenten zu bringen. Und das geht nicht! Wer über das Rätesystem im Verbandsorgan sachlich seine Meinung sagen will, muß es in Form besonderer Abhand-

ungen um; zweit: sie nicht aus Preisen und Schlagworten befreien, und dritt: dann noch Möglichkeit Raum geben werden.

Erlang. Bei der am 7. August stattgefundenen Wahl des Vorsitzenden der holländischen Erlang wurden gewählt: die Kollegen Stern, erster Vorsitzender; Städtler, zweiter Vorsitzender; Horstmann, erster Schriftführer; Mucharowski, zweiter Schriftführer; Mischkut, erster Kassierer; Oberholzer, zweiter Kassierer. Revisoren die Kollegen Herrenschmidt und Stein.

Am 10. August fand in F. Holland eine Versammlung statt, mit Januário in dem Gefangenentreter und in den Fabrikbetrieben beiwohnten Bäcker. Kollege Stern aus Erlang führte den Holländischen Kollegen das Weinen und den Tod unseres Centralverbandes vor Augen. Er erläuterte den Kollegen die neueren Weise, die für unsern Beruf von Wichtigkeit sind, in das Gelehrte über die Errichtung von Fachauszubildern und zum Schluss der Versammlung riefen sämtliche auwartende Kollegen dem Centralverband bei, in dass wir in F. Holland mit 25 Mitgliedern eine Ausgabe eröffnen könnten, die unserer Kollektive angegeschlossen ist.

Zeits. Der der am 6. August leider schwach befindlichen Monatsversammlung berichtete Kollege Wäder über die am 18. Juli in Halle a. S. stattgefundene Meisterschaft des Brotbackens der Brotbäckereien in der Süß- und Feigwarenindustrie und berichtete am Schlusse seiner Ausführungen, da der Konkurrenz einstimmig angenommene Resolution, in welcher auf die Konferenz auf den Boden des Reichsgerichts hießt. Da der Beschluss, sofern die Kollegen F. Holland, Ost und Ost noch weitere Auflösungen über einstimmig einstimmig waren. Das Schreiben des Hauptverbandes, wonach denjenigen Zarifbüroen genug die größte Zahl der möglichen Mitglieder unter die Beitragspflicht zu 80 R. für den männlichen zu 41,80 fallen, so bei der Verordnung keine zur Aufnahme. Muster der Meinung, dass für die reichlichen Mitglieder die Pflicht zu 80 R. nicht so ohne weiteres durchführbar sei. Die kleinen Gemeinschaften in Zeitz für weibliche Mitarbeiter nur 40 bis 45 R. pro Woche erheben. Die Löhnung in den meisten Fällen aber noch höher und als in den Süßwarenmanufakturen. Ein Vorstoß des Kollegen Ost, die Hauptverwaltung zu verändern, einen Mittelpunkt zu legen, eine Zustimmung. Dementsprechend müssen sich die Kolleginnen damit begnügen, dass für Zeit der 25. 8. Beitrag für weibliche Mitarbeiter eingeführt wird. Ein Antrag wurde, die Regente der Unterstaaten zu erhöhen, wurde vom Vorstand übertragen. Ein Antrag Ost, eine Beitragsentlastung zu beantragen, den Entlastung für Zeit von 5 auf 15 R. zu erhöhen, und eine kleine Abnahme. Gegen 10% mit vielen Kollegen Ost die Verhandlung, sodann es alle Anwesenden aufzurufen, wo die Untersuchungen bei Durst nicht rechtmäßig durchgeführt sind, es der Ortsvereinigung zu melden, damit Maßnahmen gegeben werden. Durch heilige Abstimmung sei dahin zu urteilen, dass bald der letzte Kollege oder Kollegin unserer Brüdergemeinde zugewiesen werde.

Bäder.

Zean. In einer am 8. August stattgefundenen öffentlichen Versammlung sprach Kollege Streicher über das Thema: "Sind die jungen Löhnne noch angemessen?" Es ließen Ausführungen, die von der Versammlung sehr aufmerksam aufgenommen wurden, vom Kollegen Streicher zu dem Schluss, dass die Löhnne, wie sie hier gezeigt werden, nicht mehr angemessen sind. Von Gewerkschaften, denen Streicher auch jetzt alle seiner Organisation angehören, war die Anerkennung gefordert worden, die Löhnne zu erhöhen. Einige Streicher erklärten in einzelnen Erklärungen, dass ihr Dorf mit der Annahme eingeschlossener Tarife und welche jetzt, dass nun jedem die wirtschaftliche Lage durch die Zerstörung zu empfehlen der Arbeitnehmer geändert hat. Es wurde beschlossen, der Formung folgende Veränderung zu unterwerfen: eine Zerstörung, welche von A. 30 abweichen sowie eine Erhöhung für Belegschaften, und zwar im ersten Gehaltsgruppe A. 3. im zweiten A. 5 und im dritten A. 3. Die Tarifkommission und die Betriebsleitung wurden beauftragt, mit der Formung in Verhandlungen einzutreten.

Internationales.

Jubiläumsverbandstag der holländischen Brudergemeinde.

Der diesjährige Kongress des holländischen Verbandes fiel in das Jahr des fünfzigjährigen Bestehens. Eine vom Verbandsvorsitzenden Hillebrecht und Sekretär Graudau vorbereitete Denkschrift gibt uns Einblicke in die Zeit der Leidenschaftsgeschichte, wo unsere holländischen Arbeitsbrüder der schrankenlosen Ausbeutung des Unternehmers angeklagt waren. Dasselbe Bild wie überall: Lange Arbeitszeit, niedrige Löhne, schlechte Behandlung. Unter den schwierigsten Verhältnissen wurde der Aufbau der Organisation von wenigen mutigen Kollegen in die Hand genommen. Heute ist der Verband ein starker Schutzwall gegen kapitalistische Willkür und Ausbeutung und ein kraftstrotzendes Glied der internationalen Brotvereinigung.

Dem Kongress galt die Anwesenheit der Vertreter aus Deutschland, Frankreich, Belgien, Dänemark, Schweden und Norwegen ein großartiges Relief von der gewaltigen Bedeutung, das wen über die Grenzen Hollands und das Interesse der dortigen Kollegen für alle Zeiten hinausreichen wird. Die erste Begegnung der Vertreter aus den kriegerführenden Ländern nach den langen Jahren des Mordes, die alle in dringender Mahnung die Notwendigkeit der internationalen Wiedervereinigung aussprachen, war erhebend und ein guter Vorbot für den internationalen Kongress.

Die mit großem Beifall von den Delegierten aufgenommene Eröffnungsansprache des Kollegen Hillebrecht erwies die Begrüßungen der ausländischen Gäste

bewiesen zur Evidenz die zwingende Notwendigkeit starker gewerkschaftlicher Organisationen, wenn in der Zukunft Erfolge beschieden sein sollen. Uns deutschen Delegierten imponierte die Ruhe der Tagung, die von Anfang bis Ende den Kongress beherrschte und die gewerkschaftliche Disziplin im besten Lichte erscheinen ließ.

Die holländische Organisation zählt über 6000 Mitglieder. Leider kann auch hier von einer Einheitsorganisation keine Rede sein. Die Maulwurfsarbeit der Gewerkschaftssplitterer vereitelte bis jetzt die dringend notwendige Einigung. Es besteht unter Führung der Pfaffen eine katholische Gewerkschaft; die Christen haben einen Industrieverband, die Hirsch-Dunckerianer verfügen ebenfalls über ein Fähnlein, und damit alle Richtungen vertreten sind, haben es etwa 100 Leute in Rotterdam und Amsterdam für notwendig befunden, sich bei den Syndikalisten anzuschließen. Trotz alledem prächtige Fortschritte. Die Nacharbeit in den Bäckereien ist nach einer Verordnung der Regierung von den Kommunen zu verbieten. Der Bund kann nun mehr den Erfolg aufweisen, dass für 90 Prozent in Bäckereien Beschäftigten die Nacharbeit zwischen abends 9 Uhr und morgens 6 Uhr bestellt ist. Es muss jedoch zur Schande der katholischen Kirche gesagt werden, dass dort, wo sie am stärksten vertreten ist, heute die Bäcker unter der kulturwidrigen Nacharbeit noch schwächeln müssen. Die Kollegen in Rotterdam mussten gegen die Verschleppung der Komunalbehörde, die an die Beseitigung der Nacharbeit nicht heran wollte, in den Streik treten.

Die Lohn- und Arbeitsbedingungen sind in allen Verbänden tariflich geregelt. Die Verträge laufen in diesem Jahre ab. Der Kongress beauftragte den Vorstand zwecks Abschlusses eines Landestarifes mit den Unternehmen in Unterhandlungen zu treten. Unsere holländischen Kollegen waren sich der Tragweite ihres Beschlusses bewusst und haben auch dafür Sorge getragen, für die bevorstehenden wirtschaftlichen Kämpfe Mittel bereitzustellen. Es wurden 10 Beitragsklassen geschaffen mit der Abstufung von 20 Ct. bis Fl. 1,20. Bei einem Verdienst von Fl. 35 bis Fl. 40 beträgt der Wochenbeitrag Fl. 1; bei Fl. 40 und höher Fl. 1,20. Entsprechend fand auch eine Neuregelung der Unterstützung bei Krankheit, Arbeitslosigkeit und Streiks statt. Die holländischen Kollegen haben gut gearbeitet und den Ernst der Zeit begriffen. Sie können auch voll Stolz auf ihre Errungenschaften in den 25 Jahren zurückblicken. Ihre wichtigste Forderung: Die Abschaffung der Nacharbeit, ist in Erfüllung gegangen. Es war erhebend mit welcher Liebe und Verehrung die Kollegen an dem sozialdemokratischen Abgeordneten Schaper hängen. Ihnen verdanken sie den Erfolg der Beseitigung der Nacharbeit durch sein zähes und unerschrockenes Eintreten für die Bäckerproleten in der Holländischen Kammer.

An den Verbandstag schloss sich eine kleine Feier des fünfzigjährigen Bestehens an. Der Saal prunkte im Bismarckstil von all den vielen Spenden aus den Kollegen und Gewerkschaftskreisen. Auch die Delegierten zum internationalen Kongress ließen es sich nicht nehmen und trugen durch die Stiftung einer Statue ihr bescheidenes Scherlein bei. Möge dieses Geschenk alldem als Wahrzeichen für die holländische Bruderorganisation dienen und sie weiter anstreben zu neuen Kämpfen und Siegen!

Gewerkschaftliches.

Zur Wahl der Vertreter für die Generalversammlung der Unterstützungsstätte deutscher Gewerkschaften sind bis zum Redaktionsschluss noch Vorstellungen von folgenden Gewerkschaften eingegangen:

Darmstadt: Alois Breitkreiter, Hermann Stellvertreter. Gießen: Josef Mehlung Berlin, Joh. Grajinger Stellvertreter. Frankfurt a. M.: P. Högl Berlin, H. Johann Stellvertreter. Bielefeld: Vol. Heiler Berlin, W. Hausmann Stellvertreter. Bremen: L. Rieper Vertreter, C. Kersten Stellvertreter. Jenau: Paul Solbrig Berlin, Eugen Großhöfer Stellvertreter. Eisenberg: F. Reiss Berlin, H. Treitel, Gera Stellvertreter. Leipzig: Herm. Voigt und Ernst Wolf Vertreter, Emil Breyer und Herm. Hinrich Stellvertreter.

Stettin: Franz Mandel Berlin, Willi Eggert Stellvertreter. Frankfurt a. M.: E. Bischoff Berlin, F. Hans Stellvertreter. Stuttgart: Jacob Mattheis Berlin, F. Glas Stellvertreter. Südbad: Franz Boddin Berlin, Gustav Siegel Stellvertreter.

Bonn Chemnitz wurde nicht Postvor, sondern Arno Postvor als Vertreter vorgeschlagen.

Spätestens am 23. August ist der 35. Wochenbeitrag für 1919 (24. bis 30. August) fällig.

Versammlungs-Anzeiger

Samstag, 24. August:
Bremen: „Zum goldenen Löwen“, Gute Roon- und Staatstraße.
Dienstag, 26. August:
Leipzig (Gebäuden): „Im Seglerheim“, Vorwerkstr. 11.
Donnerstag, 28. August:
Wittenbergsche Rittergüter I: „Im Dörfchenhof“, Rittergüter, Großdrees.
Samstag, 30. August:
Ratibor: „Zum Ritterhaus“.
Berlin I: „Im Schmidleben“, Schmidleben, 2.
Sonntag, 31. August:
Lüneburg: „Zum Tafelhof“.
Zwickau: „Im Frieden“.
Gotha: „Im Friedenslokal“, Friedensstr. 2.

Eingegangene Bücher und Schriften.

Das Problem einer neuen Berufsvereinigung für das Buchdruckergewerbe. Von Karl Schaeffer, Redakteur. M. 1. Verlag der Deutschen Typographischen Gesellschaft, Leipzig, Salomonstr. 8.

Anzeigen

Wo treffen sich die Bäcker von Hannover? [a.s.] Sonnabend und Sonntag bei Fritz Wolf, Schillerstr. 4.

Max Rössiger

geboren am 28. März 1897, welcher gefund aus dem Arztgut zurückgekehrt ist und sich nun in Ernangung eines andern Gewerbes zur Steckdruck geendet hatte, wurde im engeren Waterland sein junges Leben los.

Wir werden sein Andenken in Ehren halten.

[a.s. 90] Bahnhof Dresden.

Wo treffen sich die Bäcker von Stettin? [a.s.] Sonnabend und Sonntag an dem beliebtesten Sammeltreffpunkt der Kollegen Erich Will, Chausseest. 21.

Berkelethal und Kreuzpunkt

der Stettiner [a.s.] Kollegenschaft und Verbandsmitglieder täglich beim Kollegen

Hack, „Erlanger Hof“, Namh. 7, beim Chausseest.

Kuchenrutsch

in ganz Deutschland beliebtes Mittel zum Streichen der Formen und Bleche. 1 kg M. 7,50, von 5 kg an M. 7,— egl. Flasche.

Grotte, Offenzen und Sorben

laut Spezialpreisliste. Probelöschen von $\frac{1}{2}$ kg M. 34,— oder $\frac{1}{2}$ kg M. 65,— Bittermandel-, Vanille-, Apfelfrücht-, Himbeer-, Rum- u. Butteraroma-Extrakt.

Hochborulz (amm. carb. pulv.)

beige Triebfrost, lieferbar zum billigsten Tagespreise.

Flüssige Schammpothe

zu behandeln wie Eiweiß
in 1, 5, 12½ Liter-Flaschen, 1 Liter M. 4,50 ergl. Flasche.

Glasur- u. Aroma-Tablettien

$\frac{1}{4}$ Dose M. 18,— 4,75

Schammpulver

mit Vanille-Geschmack, 1 kg M. 34,— ohne Geschmack 1 kg M. 30,—

Ja Vanille-Creme-Pulver

Grießewurst
1 kg M. 12,50, 5 kg M. 60,—

Baspulver

1 kg M. 4,50, Postreis 5 kg M. 21,50.

Ja Kuhmagel

1 kg M. 12,— 5 kg M. 55,— 100 kg M. 950,—

Bübenwürfmehl

1 kg M. 2,50, 5 kg M. 11,— 100 kg M. 200,—

Kohlüberwürfmehl

1 kg M. 2,— 5 kg M. 9,— 100 kg M. 140,—

Verkauf ab Leipzig unter Nachnahme.

Liebing & Co. m.b.H.

Leipzig-St., Mr. 5
Kohlgartenstr. 17. Telephon 2290.

Für flüssiges Eiweiß

empfehlen wir das behördlich genehmigte

flüssige Schaumweiß!

wird hergestellt unter Verwendung garantiert reiner Rohstoffe.

dient zur Herstellung aller Arten von Schaumweisen, Torten und Gebäcken. Eisfaser usw.

gibt einen festen Schnee, es ist backfähig und sofort gebräuchsfertig.

wird infolge seiner Dürbheit im Geschmack und in der Herstellung überall bevorzugt.

Betrieb durch die Asiatische Handels-Gesellschaft m. b. H.

Hamburg 1, Hachmannplatz 2.

[M. 40] Spezialhaus für Eigelb Eiweiß

für den Bäckerei- und Konditoreibedarf.